

Lebenswertes Göggingen und Umgebung e.V.

31. Oktober 2020

Offener Brief

**An den Ministerpräsidenten
des Landes Baden-Württemberg
Winfried Kretschmann**

Talbach 3

72505 Krauchenwies-Göggingen

1. Vorsitzender: Rainer Ohmacht

☎ 0 75 76 – 76 12

rainer.ohmacht@arcor.de

Sehr geehrter Herr Kretschmann,

„Die Bürgerinnen und Bürger wollen mitreden und mitentscheiden. Ich möchte dafür sorgen, dass sie das können: mit einer Politik des Gehörtwerdens. Denn nicht dort, wo die Menschen sich einmischen ist die Demokratie bedroht, sondern dort, wo sie sich abwenden von den öffentlichen Angelegenheiten. Daran glaube ich. Ohne jeglichen Zweifel.“, so können es alle Bürger*innen auf Ihrer Webseite „winfried-kretschmann.de“ nachlesen. Fünf Gründe, wieso Sie mit den Grünen Verantwortung tragen, werden in Ihrem Wahlprogramm aufgelistet. Besonders Grund 2 und 3, nämlich „Gesunde Natur“, sowie „Offene Bürgergesellschaft“, finden wir höchst interessant. Zugegeben, wir hatten große Hoffnungen im Frühjahr 2011 mit Ihnen als ersten Grünen Ministerpräsidenten und Landesvater, dass sich nun wirklich etwas im Land bewegt, insbesondere in diesen Themenbereichen.

Wir leben in Göggingen, rund 10 km vom Litschenberg in Laiz entfernt. Das ist nicht nur unsere, sondern auch Ihre Heimat. Und wir wehren uns nun schon seit 10 Jahren gegen einen überwuchernden, alles verschandelnden, verschlingenden und belastenden Kiesabbau, der die letzten noch vorhandenen Flächen unseres Offenlandes abbaggern will. Das ist für zwei Kiesunternehmen ein Millionengeschäft, für das wir Gögginger auch noch mit unserer (noch) unberührten Natur in unmittelbarer Nähe zum Ort bezahlen sollen.

Göggingen ist, wie Sie sicherlich wissen, sehr stark belastet: Die B311 als West-Ost-Achse zwischen Ulm und Freiburg führt mit ihrem enormen Schwerlastverkehr mitten durch den Ort, direkt nebenan liegt die Kreismülledeponie, riesige aktive Kiesgruben liegen in allernächster Nähe zum Ort. Eltern haben Angst um ihre Kinder, wenn sie zur Grundschule laufen, weil 40 Tonner Kieslaster direkt daran vorbei donnern. Bereits morgens um 6 Uhr fahren die Kieslaster im 10-Minuten-Takt durch unser Dorf, aus und in alle Richtungen. Durch den weiteren Kiesabbau und die Ansiedlung von Amazon, mit ca. 600 Fahrzeugen täglich wird das Verkehrsaufkommen auf der B311 (die zweite große Baustelle unserer Bürger*innen) durch Göggingen in erheblichem Maß steigen. Das Innenministerium schätzte den Zuwachs des Transitverkehrs auf der B311 im Jahr 2009 auf über 50% bis 2025.

Keiner, der uns je gehört hat, könnte behaupten, wir seien generell gegen Kiesabbau. Immerhin dulden wir diese Ausbeutung schon seit rund 60 Jahren. Wir sind allerdings vehement gegen den Kiesabbau auf unserem Offenland. Wir traten und treten nie mit Trillerpfeifen auf, wir argumentieren mit offenem Visier und stets mit Respekt gegenüber unseren Kontrahenten. Lange Zeit taten wir das im Vertrauen auf den neuen Politikstil, den Sie mit den Grünen mit frischem Wind in Baden-Württemberg etabliert haben. Ja, so schreiben Sie unter Grund 3 „Offene Bürgergesellschaft“.

„Die Natur ist ein einzigartiger Schatz – unsere Verantwortung ist es, sie zu schützen.“

So schreiben Sie unter Grund 2 „Gesunde Natur“ in Ihrem Wahlprogramm. Nach dem Ausbeuten der Landschaft durch die Kiesfirmen bleibt eine umgestaltete Fläche übrig, ohne Leben, die, sogenannte, rekultiviert wurde. Landwirtschaft, die diesen Namen auch verdient, ist da nicht möglich. Weidetiere könnten dort noch grasen. Welche denn? Die Rinder stehen in Ställen. Schafherden? Welche? Man spricht von einem Zeitraum von 300 bis 500 Jahren, den die Natur braucht, um sich vollständig von einem solchen Eingriff zu erholen.

Sogar in der raumordnerischen Beurteilung des Regierungspräsidiums Tübingen ist vermerkt, dass sich die Erweiterungsflächen sehr gut bis gut für landwirtschaftliche Nutzung eignen und nur in „unabweisbar notwendigem Umfang für andere Nutzungen vorgesehen werden“ dürfen.

Das Landratsamt Sigmaringen hat am 10.08.20 die Genehmigung zum Abbau erteilt.

Unsere Beurteilung zu den Gründen 2 und 3 in unserer Realität betrachtet:

Klingt gut, würde Sinn machen, wäre wünschenswert, ist völlig wirkungslos.

Von Beginn an haben wir an allen Sitzungen und Veranstaltungen, zu denen wir eingeladen waren, teilgenommen, und stets betont, dass wir den Abbau im Offenland ablehnen. Von den rund 800 Einwohnern in Göggingen haben über 500 (im Alter ab 15 Jahren) mit ihrer Unterschrift gegen den Kiesabbau gestimmt. Demokratisch? Ja!

Im Jahr 2014 hat der Planungsausschuss, nach einer Besichtigungsfahrt mit uns durch die nahegelegenen Kiesgruben, den Abbau im Offenland einstimmig abgelehnt. Demokratisch? Ja!

Der Ortschaftsrat, wie auch der Gemeinderat haben jeweils einstimmig den Kiesabbau im Offenland abgelehnt und beschlossen, die im Abbaubereich vorhandenen gemeindlichen Feldwege nicht zu verkaufen. Das sind demokratisch gewählte Gremien mit demokratischen Entscheidungen. Die raumordnerische Beurteilung lässt einen Abbau ohne vorherige rechtliche Klärung der Feldwegefrage (sie müssen mit abgebaut werden) nicht zu.

In einer Absprache zwischen Regierungspräsidium und Landratsamt wurde die Genehmigung dennoch erteilt, obwohl diese Maßgabe nicht erfüllt ist. Was ist hier los?

Und das alles in Ihrem Heimatlandkreis, sehr geehrter Herr Kretschmann!

Keine unserer vielen Einwände, Hinweise, Stellungnahmen fand erfolgreich Eingang in den Prozess des Genehmigungsverfahrens. Was heraus kam, war eine „Entscheidung“, die uns die Zornesröte ins Gesicht treiben könnte. Nichts, was den Begriff „demokratisch“ auch nur im Ansatz verdient hätte. Dafür haben wir eine Entscheidung vorliegen, die wir nur als „Wohlfühlgenehmigung“ bezeichnen können.

Anstatt verpflichtender Vorgaben, Maßgaben, die eingehalten werden müssen, wird zumeist von „soll, sollte“ gesprochen. Die Kiesfirmen sollen zwar etwas tun, müssen es jedoch nicht. Die Erfahrungen aus der Vergangenheit zeigen, dass die Firmen das weidlich ausnutzen und sich auf solche Unbestimmtheiten berufen. Auf solche wohlwollenden, unverbindlichen und widersprüchlichen Formulierungen weisen wir seit Jahren immer wieder hin. Vergeblich!

Landratsamt, Regierungspräsidium und Wirtschaftsministerium treten als wohlwollende Unterstützer im Genehmigungsverfahren, kaum aber als Kontrollorgan gegenüber der Kiesindustrie auf. Das müssen wir einfach so wahrnehmen.

Die Frage: Warum ist das so? Ein Schelm, der Böses dabei denkt.

Wir sind über solche Vorgehensweisen in unseren Verwaltungen höchst schockiert. Den Glauben an die durchgängige Rechtsstaatlichkeit bei uns haben wir so gut wie verloren.

Der Landkreis Sigmaringen weist eine erhebliche Überdeckung bei den Gesamtabbauraten gegenüber dem Eigenbedarf des Landkreises auf. Einer Erhebung aus 2013 nach, lag der Eigenbedarf bei 1.029518 to/a bei einem Abbau von 5.224105 to/a, das sind +507 %.

Diese Zahlen sind heute sicherlich ähnlich dramatisch. Mit Erstaunen nehmen wir nur das ständige und beharrliche Schweigen der verantwortlichen Politiker-auch der Grünen- zur nach wie vor gängigen Praxis des äußerst lukrativen Kiesexports vor allem in die Schweiz wahr. Stattdessen hören wir ständig den gebetsmühlenartigen Spruch: „Der Kies kann nur da abgebaut werden, wo er vorkommt!“ Wie veräppelt muss man sich als Gögginger Bürger fühlen, wenn der Fachverband der Schweizer Kies- und Betonindustrie (fskb.ch) mit Stolz „die Schweiz zu den kiesreichsten Ländern der Welt“ erklärt.

Mit welcher Begründung kann da der Kiesexport aus äußerst sensiblen Gebieten, wie unserem Offenland, in die Schweiz legitimiert werden?

Was ist aus den für die Grünen so zentralen Themen, wie Nachhaltigkeit und verantwortungsbewusstem Umgang mit wertvollen Ressourcen auch für unsere kommenden Generationen, geworden?

Damit dieser wertvolle Rohstoff Kies für unsere Region noch möglichst lange zur Verfügung steht, wäre es höchste Zeit, Gesetze schnellstmöglich so zu ändern, dass die Kriterien für Kiesabbau verschärft würden und eine Steuer für den Kiesexport eingeführt wird.

Die Bürger*innen haben in Ihrem Land immer noch keine Lobby, sehr geehrter Herr Ministerpräsident. Dagegen könnte man meinen, dass manche Unternehmen schon Büros im Landtag unterhalten.

Wir müssen auch leider feststellen, dass sich Abgeordnete auffällig aus unseren Nöten heraushalten. Wo sie doch sehr gut informiert sein müssten. Und eine Meinung, die sie auch öffentlich vertreten, erwarten wir von unseren Abgeordneten. auch ohne Aufforderung.

Ach ja, am 01.02.2016 hatten wir Sie bereits „kritisch“ zum Thema „Gehörtwerden“ angeschrieben. Kann es sein, dass ich einfach kein Antwortschreiben von Ihnen finde?

Trotz allem wollen wir an das Gute glauben und hoffen, dass wir uns von den sicherlich guten Absichten Ihrer initiierten Bürgerbeteiligung doch noch überzeugen können.

Wir fordern Sie hiermit ebenso höflich, wie auch dringend auf, hier ein deutliches „Machtwort“ zu sprechen. So kann es und darf es nicht sein. Bitte sorgen Sie für einen endgültigen Stopp dieses Abbauvorhabens.

Bewahren Sie uns unser Offenland! Helfen Sie uns!

Als kleine Argumentationshilfe noch dies: Bei Ostrach möchte man gerne mit 75 ha Fläche für Kiesabbau in den Regionalplan aufgenommen werden. Dafür könnte man unsere 39 ha aus dem Regionalplan rausnehmen. Bleibt ein deutliches Plus für die Rohstoffsicherung, der Aufgabe des Regionalverbandes.

Mit sorgenvollen, dennoch nicht weniger freundlichen Grüßen
aus Göggingen

Rainer Ohmacht
(Vorsitzender)

Eberhard Wiethoff
(stv. Vorsitzender)